

# Politik will Grundsatzdebatte: Wieder neue Baugebiete in Hildesheim?

VON RAINER BREDA

**HILDESHEIM.** Grüne, SPD und CDU haben bei der Verwaltung eine Grundsatzdebatte über die künftige Wohnungsbaupolitik eingefordert. „Wir wollen wissen, was geplant ist“, sagte Grünen-Fraktionschef Ulrich Rübiger im Stadtentwicklungsausschuss (Steba). Die Politiker wollen das Thema nach den Sommerferien erörtern. Im Kern geht es um die Frage, ob die Stadt künftig wieder größere Baugebiete in der Fläche ausweist.

Konkreter Anlass für die Debatte ist der zweite Abschnitt des „Rosenhanges“ unterhalb des Ameos-Klinikums. Ein Investor will die Siedlung um 23 Einfamilienhäuser erweitern, im Flächennutzungsplan ist sie aber eigentlich nicht vorgesehen – schließlich hat sich der Rat vor einigen Jahren der „Innenentwicklung“ verschrieben. Er könne zwar mit dem Rosenhang-Ausbau leben, sagte Rübiger, allerdings nur zähneknirschend: Der Grünen-Politiker befürchtet, die Stadt weiche per Salami-Taktik von ihrer Grundsatzentscheidung ab. Er sehe durchaus, dass der Raum für die Innenentwicklung langsam erschöpfe, räumte Rübiger ein: „Aber ich will eine Perspektive haben, wie es weitergehen soll.“ Die hält auch CDU-

Chef Ulrich Kumme für geboten. „Wir sollten einfach mal frei denken: Was können wir uns wo vorstellen?“ Dann werde klar, ob die Stadt weitere neue Baugebiete ausweisen müsse oder ob das Potenzial im Flächennutzungsplan noch reiche.

Der stellvertretende Planungsamtsleiter Herwart Kraaz reagierte eher zugeknöpft. Klar könne die Verwaltung eine Übersicht liefern. „Aber das ist nichts für die Öffentlichkeit.“ Es gehe doch niemanden etwas an, warum bestimmte Gebiete, die für neue Siedlungen vorgesehen seien, sich bislang nicht entwickeln ließen. So gebe es Eigentümer, deren Preisvorstellungen übertrieben seien. „Dann müssen wir eben woanders suchen“, erklärte Kraaz. Dem brachte seine Äußerung einen Ruffel vom Ausschussvorsitzenden Detlef Hansen ein: „Das war jetzt wenig hilfreich“, fand der SPD-Politiker. Der wurde auf Anfrage dieser Zeitung noch deutlicher: Eine Diskussion über die Entwicklung von Baugebieten gehöre nicht ins Hinterzimmer. Sowohl Oberbürgermeister Ingo Meyer als auch hochrangige Sparkassen-Vertreter haben in den vergangenen Monaten mehrfach auf die Notwendigkeit neuer Siedlungen hingewiesen.

Ein Beispiel für die „Innenentwicklung“ beschäftigt den Steba auch am

Mittwochabend: SPD und Grüne warben um Zustimmung für ihren Kompromiss in Sachen Albert-Schweitzer-Ring. Die Verwaltung will die 1300 Quadratmeter große Wiese bebauen, die Anwohner kämpfen darum, diese zu erhalten – sie nutzen die Fläche als Stadtteil-Platz. Hansen und Rübiger haben nun mit Anlieger-Wortführer Heinz-Rainer Meyer ausgehandelt, lediglich 700 Quadratmeter zu bebauen, die übrigen 600 Quadratmeter aber als Wiese zu belassen. CDU-Chef Kumme lobte das Ergebnis: Beide Seiten hätten berechnete Interessen, ein Kompromiss bedeute gegenseitiges Nachgeben. Daher erwarte er auch nicht, dass sich die Anwohner nun freuen – was sie auch nicht unbedingt tun, wie Sprecher Meyer im Ausschuss klarmachte. Schließlich setzten sich die Politiker über den Bürgerwillen und den einstimmigen Beschluss des Ortsrates Moritzberg hinweg, die Wiese nicht zu bebauen. Daher müsse das Gremium den neuen Vorschlag auch noch behandeln, forderte CDU-Vertreter Dieter Nitschke – worauf SPD und Grüne eingingen: „Damit es ein friedliches Ende gibt“, erklärte Hansen.

Für Unfrieden sorgte der Vorwurf eines Anliegers, am Ende wolle Rot-Grün doch die ganze Fläche bebauen. „Infam“ nannte Hansen dies, Rübiger „absurd.“